

## Die Besprechung der Obmänner mit dem Ministerpräsidenten.

Im Abendblatte wurde mitgeteilt, daß die Obmänner der drei Gruppen des Herrenhauses, Graf Cla-Martinic, Freiherr v. Czeditz und Fürst Fürstenberg, heute vormittag um 11 Uhr im Ministerratspräsidium erschienen und dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh die gemeinsame Kundgebung der Gruppen überreicht haben.

Wie in politischen Kreisen verlautet, teilten die Obmänner der Herrenhausgruppen in der Unterredung dem Ministerpräsidenten den Verlauf der Beratungen in ihren Parteien mit, wobei alle Gesichtspunkte geschildert wurden, welche die Mitglieder des Herrenhauses zu jenem Beschlusse veranlaßt haben, der dem Ministerpräsidenten überreicht wurde.

Zur Verlaufe der Unterredung ersuchten die Obmänner den Ministerpräsidenten, er möge die ihm überreichte Kundgebung auf dem ihm zur Verfügung stehenden Wege der Deffentlichkeit bekanntgeben, was der Ministerpräsident zusagte.

Aus parlamentarischen Kreisen, die Gelegenheit hatten, den Standpunkt der Regierung gegenüber der Frage des Reichsrates und der Delegationen kennen zu lernen, erfahren wir:

In der Kundgebung des Herrenhauses wird ein Unterschied gemacht zwischen der Wiederherstellung des parlamentarischen Lebens überhaupt, also in erster Reihe der Einberufung des Reichsrates, und der Einberufung der Delegationen. Bezüglich der ersteren wird gesagt, daß die Voraussetzungen für den ruhigen Verlauf der parlamentarischen Versammlungen geschaffen werden müssen, während die Einberufung der Delegationen als unumgänglich notwendig und dringend bezeichnet wird.

Man dürfte nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß tatsächlich vorläufig die Frage der Einberufung der im Jahre 1913 gewählten Delegationen im Vordergrund steht. Die Regierung steht dieser Anregung nicht unbedingt ablehnend gegenüber. Der Gesichtspunkt, von dem sich der

Ministerpräsident leiten läßt, ist der, daß in allfälligen parlamentarischen Verhandlungen alles vermieden werden müsse, was geeignet wäre, im Auslande und besonders bei unseren Feinden, einen falschen Eindruck von den inneren Verhältnissen der Monarchie zu erwecken. Wenn durch Vereinbarung der Parteien genügende Sicherheiten geschaffen würden, die einen würdigen Verlauf einer Delegationsession verbürgen, so steht die Regierung der Anregung nach Einberufung der Delegationen grundsätzlich nicht im Wege.

Durch die Einladungen, die der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Sylvester an die Vertreter der Parteien des Abgeordnetenhauses ergehen lassen wird, dürfte gerade die Frage der Garantien in Fluß kommen. In der Konferenz der parlamentarischen Parteivertreter am 23. d. dürfte es sich in erster Reihe darum handeln, festzustellen, wie die Parteien des Abgeordnetenhauses sich zu der Anregung einer Wiederbelebung der parlamentarischen Körperschaften, sei es durch Einberufung des Reichsrates oder der Delegationen, grundsätzlich verhalten, ferner ob die Parteien bereit sind, die Garantien für einen sachlichen Verlauf der parlamentarischen Beratungen zu bieten. Die Ergebnisse dieser parlamentarischen Konferenz dürften die Grundlage für eine Stellungnahme der Regierung und für die allfällige Einleitung von Verhandlungen mit den Parteien bilden.

Bevor das Resultat der Vertreterkonferenz im Abgeordnetenhause nicht vorliegt, dürfte Ministerpräsident Graf Stürgkh die abwartende Haltung nicht aufgeben.

In parlamentarischen Kreisen verlautet denn auch, daß der Ministerpräsident den Obmännern der drei Gruppen des Herrenhauses gegenüber in der heutigen Unterredung darauf verwiesen habe, daß nimmehr, nachdem das Herrenhaus gesprochen habe, auch die Parteien des Abgeordnetenhauses Gelegenheit haben müssen, ihre Meinung zu äußern. Er verwies hierbei auf die vom Präsidenten Dr. Sylvester in Aussicht genommene Beratung der Parteien des Abgeordnetenhauses.